

Gesetz zur Strompreis-Senkung verabschiedet

[04.12.2025] Ein staatlicher Zuschuss von 6,5 Milliarden Euro soll 2026 die Netzentgelte und damit die Strompreise für Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar dämpfen. Bundestag und Bundesrat haben das entsprechende Gesetz verabschiedet.

Für das Jahr 2026 greift der Bund mit einem Zuschuss von 6,5 Milliarden Euro in die Finanzierung der Übertragungsnetzkosten ein. Wie [TransnetBW](#) berichtet, hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz für einen Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten für das Jahr 2026“ beschlossen; der Bundesrat hat es abschließend gebilligt. Der Betrag ist vollständig in die Kalkulation der Netzentgelte einzubeziehen und muss laut Betreiberangaben vollständig zur Senkung dieser Entgelte eingesetzt werden. Die Übertragungsnetzbetreiber, als regulierte Akteure kritischer Infrastruktur, sollen daraus keinen finanziellen Vorteil ziehen. Ziel ist allein, die Stromkundinnen und Stromkunden zu entlasten.

Netzentgelte bilden einen erheblichen Anteil am Strompreis. Nach Angaben von TransnetBW lagen sie 2025 im Durchschnitt bei 10,9 Cent je Kilowattstunde und damit bei rund 28 Prozent des Gesamtpreises. Sie finanzieren Betrieb und Ausbau der Verteil- und Übertragungsnetze sowie die Integration erneuerbarer Energien. Weitere Bestandteile des Strompreises sind Beschaffung und Vertrieb mit etwa 40 Prozent sowie Steuern, Abgaben und Umlagen mit 32 Prozent. Der staatliche Zuschuss wirkt somit gezielt auf jenen Kostenblock, der knapp ein Drittel des Endkundenpreises ausmacht.

Die finalen Netzentgelte für 2026 will TransnetBW noch diese Woche auf seiner [Homepage](#) veröffentlichen.

(th)